

JAHRESBERICHT



Mehr Demokratie

2009

Die größte Wegstrecke liegt bereits hinter uns!



Dies war das Gefühl, welches uns letztes Jahr durch die unterschiedlichsten Erfolge und Höhepunkte trug. Wir spürten den gesellschaftlichen Auftrieb unserer eigenen Bewegung: den Zuspruch für Direkte Demokratie! Mit unserer bundesweiten Kampagne „Volksentscheid ins Grundgesetz“ und einigen großen Fortschritten in den Bundesländern haben wir 2009 einiges erreicht.

Wurden wir noch vor zwanzig Jahren als idealistische Verfassungsfeinde misstrauisch beäugt und „Volksentscheid“ als ein Fremdwort in der deutschen Politik gehandelt, so befinden wir uns heute inmitten einer großen Demokratiebewegung, die nicht mehr aufzuhalten ist – so auch die Aussagen namhafter ehemaliger Gegner. Selbst Verfassungsrichter vertreten mittlerweile die Meinung, dass bundesweite Volksabstimmungen notwendig sind und schon bald ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Mit Gertrude Lübke-Wolff hat sich inzwischen die sechste Verfassungsrichterin positiv für die Einführung bundesweiter Volksentscheide ausgesprochen. Im Bundestag sitzen mit Ausnahme der Union fast nur noch Volksentscheidsbefürworter und selbst innerhalb der CDU/CSU werden die Befürworter mit mittlerweile 19 Abgeordneten immer mehr. Wir rücken damit einer Zweidrittelmehrheit, die für eine Verfassungsänderung nötig ist, immer näher.

Ja, es ist uns gelungen, einen Stein ins Rollen zu bringen und das Thema der Selbstbestimmung auf allen politischen Ebenen zu etablieren. Jetzt gilt es, den Stein in den nächsten Jahren sicher ins Ziel zu führen! Dafür mangelt es uns weder an Mut noch an Kraft! Ja, wir können!

Herzlich grüßt Sie Ihre

Claudine Nierth

Claudine Nierth
Vorstandssprecherin

2009

23. Januar – 12. Februar: Wahlrechts-Fortschritt in Hamburg



Für das Volksbegehren „Mehr Demokratie – Ein faires Wahlrecht für Hamburg“ unterschreiben 76.000 Unterstützer (deutlich mehr als die nötigen fünf Prozent der Wahlberechtigten). Sie fordern mehr Bügereinfluss beim Wählen auf Landes- und Bezirksebene. Die Bürgerschaft übernimmt das per Volksbegehren geforderte bürgerfreundliche Wahlrecht im Juni 2009 und sichert es durch eine Verfassungsänderung ab.

3. April: Demokratie-Erfolg in Thüringen



Der Landtag übernimmt den Gesetzentwurf des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“, mit dem die Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide gesenkt und die Mitspracherechte auf Gemeindeebene ausgebaut werden. Die CDU, die durch Verfahrenstricks versucht hatte, das Volksbegehren zu blockieren, beugte sich letzten Endes dem Willen der Bürger.

Mehr Demokratie





Frühjahr/Sommer: 60 Jahre Grundgesetz



Deutschlandweit machen Aktive und Mitarbeiter von Mehr Demokratie auf über 90 Veranstaltungen und Aktionen zum Grundgesetz-Jubiläum auf das Thema bundesweite Volksabstimmung aufmerksam. Eines der Highlights war die Aktion mit dem überdimensionalen Grundgesetz vor dem Brandenburger Tor anlässlich der Festrede des Bundespräsidenten Horst Köhler.

20.-24. Mai: Kirchentag in Bremen



Auf dem Evangelischen Kirchentag sammeln Aktive von OMNIBUS und Mehr Demokratie innerhalb von drei Tagen 4.487 Unterschriften für den Aufruf „Volksentscheid ins Grundgesetz“. Der Appell wird als Resolution des Kirchentags an die Bundestags-Abgeordneten weitergeleitet. Auf der Veranstaltung „60 – 20 – heute: Machtloses Volk“ spricht Claudine Nierth vor 1.000 Menschen über Direkte Demokratie, nachdem das Thema bereits seit Stunden auf dem Podium diskutiert wurde.

7. Juni: Symbolische Volksabstimmung in Bayern



In der 20.000-Einwohner-Gemeinde Vaterstetten bei München stimmen Bürgerinnen und Bürger parallel zur Europawahl symbolisch über die Einführung bundesweiter Volksentscheide ab. Unter dem Motto „Europa wählt – Vaterstetten stimmt ab“ haben Mehr Demokratie und der OMNIBUS dort seit mehreren

Wochen über Pro- und Contra-Positionen informiert, Veranstaltungen und Infostände organisiert. Das Ergebnis ist eindeutig: 82 Prozent der Abstimmenden fordern mehr Demokratie.

30. Juni – 24. September: Grundgesetztour



Aktive von Mehr Demokratie reisen mit dem aufblasbaren Grundgesetz durch Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Niedersachsen, Hamburg und NRW. In 30 Städten organisieren sie mit den Landesverbänden vor Ort Infostände und sprechen mit den Menschen über die Kampagne „Volksentscheid ins Grundgesetz“. An einigen Stationen erhalten wir Verstärkung von Direktkandidatinnen und -kandidaten, die unsere Aktion zur Bundestagswahl unterstützen.

17./18. Juli: EU-Kolloquium in Köln

Auf dem von Mehr Demokratie organisierten rechtswissenschaftlichen Kolloquium „Europäische Demokratie in guter Verfassung?“ diskutieren prominente Staatsrechtler und Experten für Direkte Demokratie über Grundfragen der Demokratie in der Europäischen Union.

27. August: Reform in Bremen



Die Bürgerschaft beschließt mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Linken eine Reform der Volksgesetzgebung: Die Quoren bei Volksbegehren und -entscheiden werden gesenkt. Weitere Verbesserungen: Vor dem Volksentscheid wird es ein Abstimmungsheft geben, Wahlen dürfen mit Volksentscheiden zusammengelegt werden, finanzwirksame Volksbegehren werden erleichtert und es besteht ein erhöhter Bestandsschutz von Volksentscheiden.



12. September: Bundesweiter Aktionstag



In ganz Deutschland sind 230 Demokratie-Aktivist*innen auf den Straßen unterwegs. An einem Tag werden in circa 30 Städten über 43.000 Wahlkreisflugblätter verteilt.

September: Kampagnen-Endspurt



In einigen Wahlkreisen verteilt die SPD im großen Stil Flugblätter mit Direktkandidaten-Aussagen zur bundesweiten Volksabstimmung. Wir durchbrechen unser selbst gesetztes Ziel von 1 Million Flugblättern. Parallel zu den Verteil-Aktionen sind in vielen Städten Aktive unterwegs, die mit Infoständen oder Plakaten darauf aufmerksam machen, dass es vor allem von einer Partei abhängt, ob die Menschen in Deutschland endlich auch auf Bundesebene mitreden dürfen: der CDU.

8. Oktober: Unterschriftenübergabe in Berlin



Die Wähler haben entschieden. Angesichts der schwarz-gelben Koalition setzen wir unsere Hoffnungen in FDP und CSU. Beide Parteien sind grundsätzlich offen für bundesweite Volksabstimmungen, die FDP verspricht sogar in ihrem Wahlprogramm, sich für mehr Direkte Demokratie einzusetzen. Stellvertretend für die Volkwahlentscheidungs-Befürworter im Bundestag nimmt CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt 43.200 von campact und Mehr Demokratie gesammelte Unterschriften entgegen.

9. Oktober: Demokratie-Fest in Sachsen

Auf einem von Mehr Demokratie Sachsen organisierten „Markt der Möglichkeiten“ erinnern in Leipzig 30 Demokratie-Initiativen an den Demokratie-Impuls von 1989. Der Satz „Wir sind das Volk“ steht noch immer für eine von Bürgern gestaltete Demokratie, für die sich all diese Initiativen einsetzen.

16. – 18. Oktober: 48 Stunden-Aktion in Berlin



Die Koalitionsverhandlungen gehen in die letzte Runde. Während des gesamten Marathon-Wochenendes demonstrieren Aktive von OMNIBUS und Mehr Demokratie in einer 48-Stunden-Aktion für die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen. Ein leuchtender Riesen-Ballon mit der Aufschrift Volksabstimmung schwebt vor dem Verhandlungsgebäude, der Nordrhein-westfälischen Landesbotschaft. Bildungsministerin Anette Schavan (CDU) zeigt sich beeindruckt: „Sie sind aber ausdauernd!“

4. September – 14. November: „Democracy in Motion“-Tour durch Südosteuropa



Mit dem Anliegen, Kunst und Politik zu verbinden und sich mit den Menschen vor Ort über eine selbstbestimmte Gesellschaft und das Europa der Zukunft zu verständigen, bereist der OMNIBUS für Direkte Demokratie über 20 Städte in zwölf Ländern. Höhepunkte der Tour sind Athen und Istanbul, wo Demokratie-Konferenzen und Kulturveranstaltungen stattfinden.





Demokratie und Geld – Jahrestagung 2010

Die Geldfrage ist – wie spätestens die Finanzkrise gezeigt hat – die Frage nach der tatsächlichen Macht in Staat und Gesellschaft. In einer Demokratie besteht zumindest der Anspruch, dass das Volk und seine Vertreter grundlegende Spielregeln auch für das Wirtschaftsleben bestimmen. Ist dieser Anspruch angesichts von weltweiten Finanzmärkten illusorisch geworden? Wird die Geldfrage also in einem demokratiefreien Raum entschieden? Wir wollen mit Wirtschafts-, Rechts- und Gesellschaftsexperten diskutieren, wer das Finanzsystem gestaltet und wie eine demokratische Kontrolle möglich ist.

11.–13. Juni 2010: Reinhardswaldschule in Fuldatal bei Kassel

Jetzt anmelden!

Das genaue Programm und ein Anmeldeformular finden Sie ab April unter: www.mehr-demokratie.de/jahrestagung.html

Bitte vormerken

8. Mai: Bundesmitgliederversammlung

Ende April/Anfang Mai 2010: Fahrt in die Schweiz mit Besuch einer Landsgemeinde

Weitere Termine:
www.mehr-demokratie.de/termine.html

Mehr Demokratie in Zahlen

Auch finanziell gesehen war das Jahr 2009 erfolgreich: Obwohl wir sehr viel in Kampagnen investiert haben, haben wir einen fast ausgeglichenen Haushalt erreicht. Wenn man noch einige ausstehende Zahlungen mit einrechnet, sind wir sogar bei einer schwarzen „Null“ gelandet. Zu den angegebenen Zahlen kommen noch die Einnahmen und Ausgaben der Landesverbände hinzu.

Mehr Demokratie wird getragen und finanziert durch Beiträge von 5.500 Mitgliedern und zusätzlich 2.500 Spender. Wir erhalten keine staatlichen Gelder.

Fast 40 teils ehrenamtliche Mitarbeiter organisieren die Aktionen und Kampagnen in unseren Büros in Berlin, Bremen, Eisenach, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Saarbrücken und Stuttgart.

Finanzüberblick 2009 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben
Volkentscheid ins Grundgesetz		
Wahlkreisaktion (Aktionen, Veranstaltungen, Webseite etc.)		-72.041
Wahlkreisaktion (Flugblätter, Druck und Verteilung)		-60.383
Wahlkreisaktion Einnahmen durch Spenden, Bündnispartner	82.161	
Vaterstetten stimmt ab		-23.635
Spenden „Vaterstetten stimmt ab“ (davon 20.000 € Großspende)	24.106	
Kampagnen und Aktionen (inkl. Mitarbeiter)		-58.324
MD-Mobil		-2.174
Lobbyarbeit		-8.017
Saldo		-118.307
Europaarbeit (Kongress, Europäische Bürgerinitiative)		
European Citizens Initiative		-1.917
European Referendum Campaign II (Tschechien etc.)		-17.427
EU-Buch Druck		-12.038
Bündnispartnerbeiträge	830	
Saldo		-30.552
Fahrt nach Athen / Istanbul		
Honorare, Computer, Reisekosten		-26.874
Bündnispartnerbeiträge	17.724	
Saldo		-9.150
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit		
Gestaltung, Infomaterial, Honorare, Pressekonferenzen etc.	505	-89.822
Zeitschrift für Direkte Demokratie		-31.101
Abo Einnahmen	722	
Saldo		-119.696
Verbandsinterne Demokratie		
Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Mitgliederurabstimmung		-24.913
Beiträge der Teilnehmer	2.951	
Saldo		-21.962
Bildungsarbeit		
Vorträge, Seminare, Beratung, Veranstaltung		-9.563
Spenden Bildungsarbeit, Teilnehmerbeiträge	3.662	
Jahrestagung, Tagungshaus, Referenten, Organisation		-20.451
Jahrestagung Teilnehmerbeiträge und Spenden	11.342	
Saldo		-15.010
Wissenschaft		
Bürgerentscheidsdatenbank, Bürgerentscheids- und Volkentscheidsberichte, Rankings, wissenschaftl. Aufsätze	-19.345	
Buchproduktion „Mehr Demokratie wagen“		-8.825
Buchverkauf	1.742	
Saldo		-26.428
Verwaltung		
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung, Datenbank etc.		-69.093
Sonstige Einnahmen	6.469	
Kreditvergabe und -einnahmen	25.000	-5.000
Kostenerstattung durch Landesverbände	7.439	
Saldo		-35.185
Fundraising, Werbekosten		
Fördererwerbung und Mailing Kosten		-65.028
Druck, Honorare, Weiterbildung		-63.039
Beiträge	182.935	
Mailing Spenden	101.874	
Großspenden (ab 10.000 €) + siehe Vaterstetten	119.605	
Sonstige Spenden	53.590	
Sonstige Einnahmen	1.256	
Förderung/Stiftungen	8.590	
Saldo		339.783
Vortrag aus dem Jahr 2008	31.803	
Summe	684.306	-689.010
Ergebnis 2009		-4.704